Hamburg, 26. Februar 1916 — Nr. 9 • 28. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, für Versammlungsanzeigen 10 ₰ pro Zeile.

Nachwort zu den zentralen Tarifverhandlungen für das deutsche Baugewerbe.

Das in voriger Nummer an dieser Stelle abgedruckte offizielle Protokoll erweckt den Eindruck, als erschöpfe sich das Bedürfnis der Arbeiter, insbesondere unserer Kameraden, darin, eine Teuerungszulage von 5 ₰ pro Stunde zu bekommen (Schreiben aus Hannover); als sei der Arbeitgeberbund bereit, diese Zulage anstandslos zu gewähren und die Bundesmitglieder gewillt, ihre Vermögen aufzuwenden, um diese Zulage zu leisten; nur die Vertreter der Arbeiter verlangten, daß das Angebot der Arbeitgeber „mindestens verdreifacht würde". Wir wollen nicht behaupten, das Protokoll sei in der Absicht abgefaßt, diesen Eindruck zu erwecken, allein es liegt nahe, daß das Protokoll in diesem Sinne fruktifiziert wird. Wir nehmen zwar nicht an, daß sich Arbeiter solche Bären aufbinden lassen, deshalb haben wir das Protokoll ohne Kommentar bekanntgegeben, allein die im Gange befindliche Tarifbewegung im Baugewerbe berührt weitere Kreise, welche nicht die harte Schule der Tatsachen durchgemacht haben wie die baugewerblichen Arbeiter. Diesen dürfte hingegen das offizielle Protokoll die Gewißheit gebracht haben, daß die verheißene und heiß erhoffte Neuorientierung im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Baugewerbe noch nicht eingetreten ist. Wie der Vorstand des Arbeitgeberbundes das offizielle Protokoll verwertet, zeigt sein Rundschreiben vom 15. Februar 1916 an die Arbeitgeberverbände. Es lautet:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
Geschäftsamt: Berlin SW 11, Bernburger Straße 21.
Fernspr.: Amt Lützow 5659.
Brief Nr. 282. Berlin, den 15. Februar 1916.

An die
Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe.

Die Verhandlungen über Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe, die am 11. und 12. Februar dieses Jahres im Reichsamt des Innern zwischen Vertretern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der drei großen deutschen Bauarbeiter-Zentralverbände stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, weil den Arbeitervertretern die von den Arbeitgebern in Gestalt einer angemessenen Kriegszulage angebotene Lohnerhöhung nicht genügte. Die außerordentliche Höhe der Ansprüche ergibt sich aus der umstehend abgedruckten kurzen amtlichen Niederschrift. Abdruck des vollständigen Stenogramms erhalten die Verbände später.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wird zum 29. Februar dieses Jahres seine Hauptversammlung nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ablehnung der Arbeiterverbände geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, die es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß dem deutschen Baugewerbe eine tariflose Zeit bevorsteht.

Den zu der Hauptversammlung abgeordneten Vertretern der Arbeitgeberverbände wird empfohlen, die Stimmung der Verbandsmitglieder hinsichtlich des Angebotes der Arbeiterverbände zu ermitteln und in der Hauptversammlung zur Kenntnis des Bundesvorstandes zu bringen.

Die nächste Zukunft fordert von allen Bundesmitgliedern einmütiges Zusammenhalten. Was zu geschehen hat, bestimmt die Hauptversammlung. Bis dahin dürfen selbstverständlich von den Bundesmitgliedern weder irgendwelche neuen Teuerungszulagen an ihre Arbeiter bewilligt, noch Vereinbarungen oder Sonderverträge mit den Arbeitern oder ihren Organisationen geschlossen werden!

Mit Bundesgruß!

Der Vorstand
des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.
Der Vorsitzende: E. Behrens.

Aus diesem Rundschreiben vermögen wir nur zu schließen, daß seine Veranlasser dem deutschen Baugewerbe „eine tariflose Zeit" bereiten wollen. Bleiben wir jedoch zunächst bei dem in voriger Nummer an dieser Stelle abgedruckten offiziellen Protokoll.

Das Schreiben aus Hannover enthält keine Forderung zur Verlängerung des Tarifvertrages, sondern die Forderung an eine Einzelfirma, die gegenwärtig sehr einträgliche Arbeiten in Hannover ausführt und in der Lage ist, ihren Arbeitern die geforderte Teuerungszulage zu gewähren. Das ist auch in den Verhandlungen klargestellt worden, wie das stenographische Protokoll bestätigen wird.* Die in dem offiziellen Protokoll enthaltene Erklärung des Arbeitgeberbundes ist abgegeben und mußte deshalb auch im Protokoll erscheinen, sie braucht jedoch nur verglichen zu werden mit der bisherigen Haltung des Arbeitgeberbundes zu Teuerungszulagenforderungen beziehungsweise mit dem obigen Rundschreiben, um ihren Sinn und Geist zu erfassen, und die auf Verlangen der Vertreter des Arbeitgeberbundes in das Protokoll aufgenommenen Ausführungen Paeplows waren tatsächlich keine formulierte Erklärung, sondern lediglich eine in begreiflicher Erregung geäußerte Redewendung. Tatsächlich ist von den Arbeitervertretern keine bestimmte Forderung genannt worden. So weit sind die Verhandlungen gar nicht gediehen. Angedeutet ist nur worden, daß die Arbeiter eine Teuerungszulage von 20 bis 25 ₰ pro Stunde erwarteten. Uebrigens handelte es sich für die Arbeitervertreter gar nicht darum, Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen, sie sollten nur einem eventuell gangbaren Vorschlage für ihre Person zustimmen und ihn in den Organisationen zur Annahme empfehlen. Der Vorschlag des Arbeitgeberbundes war ein solcher nicht, der Aussicht gehabt hätte, von den Organisationen angenommen zu werden, darum konnten die Arbeitervertreter ihm nicht zustimmen.

Gewiß wird es Kreise geben, die Teuerungszulagen von 20 bis 25 ₰ hoch finden, allein sie sind es nicht in Anbetracht der zunehmenden Teuerung. Bei früheren Tarifbewegungen hat der Arbeitgeberbund immer Feststellungen über die Lebensmittelpreise gemacht, damit keine größere Lohnerhöhung herauskommen sollte, als die Lebensmittelpreise gestiegen waren. Diesmal hat er das unterlassen; er mag wissen warum! Unser Zentralvorstand hat die Lücke ausgefüllt und in Orten, wo der Arbeitgeberbund früher seine Feststellungen gemacht hat, die Preise erfragt. Es kommen die nachstehenden Orte in Betracht: Königsberg, Memel, Tilsit, Danzig, Graudenz, Berlin, Potsdam, Brandenburg, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Görlitz, Liegnitz, Königshütte, Gleiwitz, Magdeburg, Halle a. d. S., Erfurt, Altona, Kiel, Flensburg, Hannover, Hildesheim, Harburg, Stade, Osnabrück, Emden, Münster, Bielefeld, Dortmund, Cassel, Hanau, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Coblenz, Düsseldorf, Essen, Crefeld, Neuß, Cöln, Saarbrücken, Trier, Aachen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Dresden, Leipzig, Plauen, Chemnitz, Weimar, Gotha, Dessau, Mainz, Darmstadt, München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen, Würzburg, Regensburg, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg i. Br., Heidelberg, Konstanz, Straßburg i. E., Metz und Mülhausen i. E. Die eingetretene Preissteigerung veranschaulicht die nachstehende Tabelle.

Die Gesamtsteigerung der aufgeführten Nahrungsmittel beträgt demnach im Durchschnitt 92 pZt. Für alle Lebensmittel sind nur die Durchschnitts- respektive Höchstpreise angesetzt worden. Bei Weizen- und Roggenmehl sind ebenfalls nicht die Preise für das reine, sondern nur für das gemischte oder Kriegsmehl in Anrechnung gebracht worden, im Gegensatz zu 1912, wo man bekanntlich kein Kriegsmehl kannte. Hiernach ist die Steigerung der beiden Mehlsorten in Wirklichkeit bedeutend höher, als in vorstehender Tabelle angegeben ist. Außerdem sind eine ganze Anzahl notwendiger Lebensmittel gar nicht mit aufgeführt. Es sei hier nur auf Wurst, Käse, Margarine, Brot, Grütze, Reis, Heringe, Seife, Steinkohlen usw. hingewiesen. Alle diese Gegenstände, die die arbeitende Klasse zu ihrem notwendigen Lebensunterhalt so dringend bedarf, sind ebenfalls derartig im Preise gestiegen, daß, falls sie mit in Rechnung gestellt werden, dann die durchschnittliche Steigerung von 92 pZt. noch um ein beträchtliches überschritten wird. — In dieser Beleuchtung erscheint die Erwartung der Arbeiter, daß die Teuerungszulage 20 bis 25 ₰ pro Stunde betragen werde, weniger hoch!

Nahrungsmittel	Nach Feststellungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe kostete im Jahre 1912 in 78 verschiedenen deutschen Städten ein Kilogramm	Nach den vom Zentralverband der Zimmerer in denselben Städten Ende Januar 1916 festgestellten Preisen kostete ein Kilogramm	1916 mehr gegen 1912	Steigerung vom Jahre 1912 auf das Jahr 1916
	₰	₰	₰	%
Rindfleisch	178	295	117	66
Schweinefleisch	172	307	135	78
Kalbfleisch	193	306	113	59
Hammelfleisch	182	312	130	71
Weizenmehl	38	54	16	42
Roggenmehl	32	46	14	44
Gelbe Erbsen	44	127	83	189
Weiße Bohnen	46	122	76	165
Linsen	54	150	96	178
Kartoffeln	10	9	± 1	± 10
Eßbutter	287	410	123	43
Schweineschmalz	170	481	311	183
Schweinespeck	185	450	265	143
1 Liter Milch	21	26	5	24
1 „ Petroleum	22	33	11	50
1 Ei	8	23	15	187

Genug, es ist den Arbeitervertretern bei den zentralen Verhandlungen nicht gelungen, den Erwartungen ihrer schwere Not leidenden Kameraden näherzukommen. Die Kameraden werden nun die Angelegenheit in ihren Zahlstellenversammlungen und Zusammenkünften eingehend zu behandeln haben und sich zur Sache äußern, damit der Schein gebrochen wird, den das offizielle Protokoll erweckte, als hätten die Arbeitervertreter bei den zentralen Tarifverhandlungen willkürlich hohe Forderungen vertreten. Hoffentlich wird der Weg zu weiteren Verhandlungen dann frei und führt zum Ziele, wenn der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe auf seiner im obigen Rundschreiben angedeuteten Absicht nicht verharrt.

*

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" bringt in ihrer Nr. 8 vom 20. Februar 1916 unter der Stichmarke „Aus dem Baugewerbe" Auslassungen, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten; sie schreibt:

„Auf bevorstehende Lohnkämpfe im deutschen Baugewerbe haben in den letzten Tagen verschiedene Zeitungen hingewiesen. Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, glaubt man in Arbeitgeberkreisen nicht, daß die Gewerkschaftsvertreter die außerordentlich hohen Lohnforderungen (15 bis 20 ₰ Zulage für die Stunde), die sie in den vor kurzem im Reichsamt des Innern stattgehabten Verhandlungen über die Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe gestellt haben, aufrechterhalten werden; man nimmt vielmehr an, daß sie sich mit Rücksicht auf das allgemeine Daniederliegen des Baugewerbes recht bald mit dem letzten Angebot des Arbeitgeberbundes (4 ₰ Zulage zum Stundenlohn in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern, 5 ₰ beziehungsweise 6 ₰ Zulage in allen übrigen Orten) einverstanden erklären. Im Malergewerbe sind die Tarifverträge vor kurzem ebenfalls mit einer Erhöhung des Stundenlohnes von 5 ₰ beziehungsweise 6 ₰, im Steinsetzergewerbe mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, im österreichischen Baugewerbe mit einer Erhöhung von 7 Hellern für die Stunde verlängert worden. Die staatlichen und städtischen Unterbeamten haben im Durchschnitt wohl auch keine höhere Teuerungszulage als 50 ₰ für den Tag oder M 15 für den Monat erhalten, obgleich sie viel-

---

* Das Schreiben aus Hannover ist in Abschrift dem offiziellen Protokoll als Anlage beigegeben und lautet:

Mitteilung der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands für Hannover und Umgegend.

An die Firma Boswau & Knauer.

Hannover, vom 19. Januar 1916.

In einer Besprechung beauftragten mich Ihre bei Ihnen beschäftigten Zimmergesellen, Ihnen den sehr berechtigten Wunsch zu unterbreiten, denselben eine Kriegsrespektive Teuerungszulage von 5 ₰ pro Stunde zu gewähren.

Die Zimmerer sind der Ansicht, daß Sie diesem Wunsche nach einer mäßigen Lohnaufbesserung sehr wohl in der Lage sind, gerecht zu werden. Da Sie ja zurzeit gutbezahlte Aufträge für die Heeresverwaltung auszuführen haben, wo sowieso schon 50 pZt. Aufschlag bezahlt wird. Durch die unverhältnismäßig hohen Lebensmittelpreise ist diese Forderung voll und ganz begründet.

Einer baldigen zusagenden Antwort an mich oder an Ihre Leute entgegensehend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

J. A.: gez. Fr. Mahn.

fach nicht das Einkommen der Maurer und Zimmerleute haben. Wenn die Gewerkschaftsführer der Bauarbeiter ihre Ansprüche also dem anpassen, was auch in andern Gewerben und Berufskreisen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als ausreichend angesehen wird und angesehen werden muß, so steht einer Verlängerung der baugewerblichen Tarife nichts mehr im Wege. Aber selbst wenn diese Verlängerung daran scheitert, daß die Gewerkschaftsführer die durchaus angemessene Lohnerhöhung, wie sie die Arbeitgeber angeboten haben, verwerfen, so braucht das ebensowenig wie in andern Industrien und Gewerben, die seither ohne Tarifverträge gearbeitet haben, ohne weiteres zu Lohnkämpfen zu führen. Die Gewerkschaften werden auch, trotzdem sie große Millionenvermögen besitzen, während und besonders nach dem Kriege eine bessere Verwendung für ihr Geld haben, als es für aussichtslose Streiks auszugeben. Lohnkämpfe können nur Erfolg haben bei guter Konjunktur, die dem Unternehmer guten Gewinn bringt; in dem seit Ausbruch des Krieges aber vollständig daniederliegenden Baugewerbe würden sie ohne jedes Ergebnis bleiben. Besteht so auch keine große Wahrscheinlichkeit, daß der Burgfrieden ernstlich gefährdet wird, so würde doch die zukünftige vollständige Ausschaltung des Tarifvertrages, der im letzten Jahrzehnt der Bauarbeiterschaft eine erhebliche, wenn auch nicht sprunghafte Verbesserung ihrer Lebenshaltung ermöglicht und dadurch im allgemeinen den wirtschaftlichen Frieden im Baugewerbe gesichert hat, auch von vielen Arbeitgebern bedauert werden. Man sagt sich aber, es wird in den nächsten, für das Baugewerbe wahrscheinlich sehr schlechten Jahren, auch wieder einmal ohne Tarifvertrag gehen, und sieht daher dem letzten Wort, das die Gewerkschaften zu sprechen haben, mit großer Ruhe entgegen."

Auch wenn nächstens die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" wieder erklären sollte, daß ihr die vorstehende Auslassung „nicht vom Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe oder des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände zugegangen sei", wie es ihre Gewohnheit ist, so steht doch fest, und jeder kann sich selbst davon überzeugen, daß es sich in dieser Auslassung um denselben Faden handelt, der im obigen Rundschreiben angedreht wird; nur richtet sich die Auslassung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" an eine andere Adresse, als das obige Rundschreiben.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 12. Februar 1916.

697 Zahlstellen haben die Karte Nr. 3 für den 12. Februar eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 55 333. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 12. Februar 36 259 oder 65,53 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis 21. Februar 2020 Mitglieder. Arbeitslos waren am 12. Februar 878 Mitglieder, dagegen standen 17 717 Mitglieder in Arbeit und 479 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 19 074 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 4,60 pZt., krank 2,51 pZt., und in Arbeit standen 92,89 pZt., 127 oder 14,46 pZt. der Arbeitslosen waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Mitglieder	Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind: zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank	Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
1	2	3	4	5	6	7	8
Ostpreußen	14	1142	693	19	426	4	1
Westpreußen	13	1465	924	83	449	9	38
Brandenburg	66	5387	3230	81	2017	59	20
Pommern	42	1515	989	50	465	11	5
Posen	15	448	330	20	96	2	3
Schlesien	51	3593	2550	49	968	26	6
Sachsen	64	3942	2465	14	1441	22	13
Schleswig-Holstein	42	2099	1445	32	604	18	—
Hannover	47	2275	1623	41	585	24	—
Westfalen	22	1171	840	—	323	8	—
Hessen-Nassau	15	2170	1525	1	636	8	—
Rheinland	16	2090	1372	11	691	16	—
Preußen	407	27297	17988	401	8701	207	86
Bayern	51	3663	2349	61	1211	42	6
„ (Rheinpfalz)	4	330	156	—	171	3	—
Sachsen	59	11142	7054	274	3702	112	18
Württemberg	12	1244	858	—	379	7	—
Baden	6	911	656	3	247	5	—
Hessen	7	619	428	2	184	5	—
Mecklenburg-Schwerin	48	1480	842	80	530	28	1
Sachsen-Weimar	11	769	550	—	212	7	—
Mecklenburg-Strelitz	9	262	139	6	114	3	—
Oldenburg	10	658	498	5	152	3	—
Braunschweig	13	609	350	3	255	1	—
Sachsen-Meiningen	8	338	257	—	79	2	—
„ -Altenburg	8	440	330	1	105	4	—
„ -Coburg-Gotha	7	557	356	4	191	6	2
Anhalt	10	441	293	2	143	3	—
Schwarzburg-Sondersh.	2	83	65	2	16	—	—
„ -Rudolstadt	6	188	144	3	40	1	2
Waldeck	2	26	25	—	1	—	—
Reuß ä. L. (Greiz)	2	110	95	2	12	1	—
„ j. L. (Gera)	3	214	136	—	76	2	—
Schaumburg-Lippe	2	29	22	—	7	—	—
Lippe-Detmold	3	54	43	1	10	—	—
Lübeck	2	302	182	2	115	3	—
Bremen	1	1116	783	—	321	12	—
Hamburg	3	2289	1532	25	711	21	12
Elsaß-Lothringen	1	162	128	1	32	1	—
Deutsches Reich	697	55333	36259	878	17717	479	127

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht die vorstehende Tabelle.

Seit dem 29. Januar sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Von je 100 noch vorhandenen Verbandsmitgliedern, die von den Feststellungen erfaßt sind, standen nach dem vorläufigen Ergebnis vom 29. Januar 93,65 in Arbeit, 2,44 waren krank und 3,91 arbeitslos. Am 12. Februar standen von je 100 Mitgliedern 92,89 in Arbeit, 2,51 waren krank und 4,60 arbeitslos.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen erfaßt am

15. Januar 88,40 pZt. der Zahlstellen, 90,78 pZt. der Mitglieder
29. „ 85,71 „ „ „ 88,84 „ „ „
12. Februar 85,10 „ „ „ 88,29 „ „ „

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 12. Februar nicht oder zu spät eingesandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Heiligenbeil.
Brandenburg: Dahme, *Frankfurt a. d. O., Neuruppin, Neuzelle, Schwiebus, *Zäckerick, Zossen.
Pommern: *Gollnow, *Swinemünde, Ueckermünde.
Posen: *Latowitz.
Schlesien: Canth, *Freyhan, Jauer, Königshütte, Langenbielau, Peisterwitz, Trebnitz.
Provinz Sachsen: Droyßig, Staßfurt.
Schleswig-Holstein: Brunsbüttel, *Friedrichsort, Hadersleben, Husum, *Lütjenburg, Pinneberg, Segeberg, *Sonderburg, Wesselburen.
Hannover: Bramsche, *Emden, *Wilhelmshaven.
Westfalen: Witten.
Hessen-Nassau: *Röhrda, *Schenklengsfeld.
Rheinland: Saarbrücken, Trier.
Rheinpfalz: Landau.
Württemberg: Ulm.
Baden: Pforzheim, Schopfheim.
Mecklenburg-Schwerin: Laage.
Schaumburg-Lippe: Bückeburg.
Hamburg: Bergedorf.
Elsaß-Lothringen: Colmar, *Metz, Straßburg.

*

Die Karte Nr. 2 für den 29. Januar ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer" Nr. 7 zusammengestellt war, noch aus 20 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1138 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 770, arbeitslos 17, krank 5 und 341 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endresultat für den 29. Januar stellt sich demnach wie folgt: 722 Zahlstellen haben die Karte Nr. 2 eingesandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 56 810. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 29. Januar 37 206 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 29. Januar 769; dagegen standen 18 861 Mitglieder in Arbeit und 474 waren krank. 76 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 19 406 nachweisen.

Endgültiges Resultat der Feststellungen bis zum 29. Januar 1916.

Termin der Feststellungen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten: Mitglieder	Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind: zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank	Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
1	2	3	4	5	6	7	8
1915: 16. Januar	700	55837	24004	4181	26856	796	884
30. Januar	707	55234	24836	5206	24871	821	953
13. Februar	695	55305	25079	4797	24489	940	837
27. „	705	56009	26039	3888	25891	746	758
13. März	710	55721	26825	3428	24697	776	591
27. „	657	54482	26841	2390	24497	754	473
10. April	700	55677	28426	1821	24786	644	393
24. „	695	56059	28999	1367	25115	578	336
15. Mai	706	56498	30039	901	25026	532	240
29. „	709	56477	30600	753	24577	547	197
12. Juni	685	56041	30560	695	24298	493	172
26. „	690	56657	31587	544	24049	477	124
10. Juli	701	56132	31915	553	23192	472	143
24. „	733	57575	33261	363	23492	459	70
14. August	704	56311	32857	415	22614	425	86
28. „	707	56537	33375	382	22365	415	49
11. September	701	56017	33392	311	21909	405	24
25. „	742	58236	35291	290	22221	434	35
16. Oktober	715	56332	34727	280	20936	389	26
30. „	715	56966	35525	262	20783	398	28
13. November	707	56791	35522	272	20581	416	19
27. „	718	57611	36792	375	19885	559	34
11. Dezember	707	57539	36794	401	19839	505	17
24. „	743	58491	37776	668	19555	492	43
1916: 15. Januar	733	57441	37706	807	18463	465	73
29. Januar	722	56810	37206	769	18861	474	76

*

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 26. Februar. An diesem Tage ist die Karte Nr. 4 auszufüllen und sofort einzusenden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Beitragsleistung.

Mit dem 27. Februar beginnt für das Jahr 1916 die Beitragsleistung.

Die Woche vom 27. Februar bis 4. März ist die 1. Beitragswoche
„ „ „ 5. März „ 11. „ „ „ 2. „
„ „ „ 12. „ „ 18. „ „ „ 3. „
„ „ „ 19. „ „ 25. „ „ „ 4. „

Der wöchentliche Beitrag beträgt:			Für die Zentralkasse	Für die Lokalkasse (mindestens)
Lohnkl. 1,	bis inkl. 35 ₰	Stundenlohn	40 ₰	10 ₰
„ 2,	36 bis 40 „	„	45 „	10 „
„ 3,	41 „ 45 „	„	50 „	15 „
„ 4,	46 „ 50 „	„	55 „	15 „
„ 5,	51 „ 55 „	„	60 „	20 „
„ 6,	56 „ 60 „	„	65 „	20 „
„ 7,	61 „ 65 „	„	70 „	25 „
„ 8,	66 „ 70 „	„	75 „	25 „
„ 9,	71 „ 75 „	„	80 „	30 „
„ 10,	76 „ 80 „	„	85 „	30 „
„ 11,	81 „ 85 „	„	90 „	35 „
„ 12,	über 85 „	„	95 „	35 „

Erkrankte Mitglieder haben für die Dauer ihrer Krankheit (Heilbehandlung) nur den Beitrag für die Arbeitslosenunterstützung zu leisten, und zwar in der ersten Unterstützungsklasse 15 ₰, in der zweiten Unterstützungsklasse 20 ₰ und in der dritten Unterstützungsklasse 25 ₰ pro Woche. Hierfür wird eine besondere Quittungsmarke geklebt.

Invaliden- oder Unfallrentner gelten nicht als „Kranke" und dürfen keine Krankenmarken kleben.

Arbeitslose Mitglieder zahlen bis auf weiteres folgenden Beitrag an die Hauptkasse, und zwar in der

1., 2., 3. und 4. Lohnklasse pro Woche 30 ₰
5., 6. und 7. „ „ „ 45 „
8., 9., 10., 11. u. 12. „ „ „ 60 „

Neue Arbeitslosenmarken werden nicht herausgegeben; es gelten die mit der Zahl 1914 bedruckten Marken weiter.

Zahlstellen, die in eine höhere Lohnklasse kommen, sind verpflichtet, auch die höhere Beitragsmarke zu kleben. In den Fällen, wo die höhere Beitragsmarke noch nicht bestellt ist, hat die Bestellung sofort zu erfolgen.

Beitragskalender für das Jahr 1916.

Die Beitragskalender für das Jahr 1916 sind den Gauleitern zugestellt worden. Diese übermitteln sie den einzelnen Zahlstellen. Zahlstellen mit besonderer Bezirkskassierung erhalten für jeden Kassierer einen Kalender. Die gewünschte Anzahl bitten wir den Gauleitern aufzugeben.

An die Auszahler der Reiseunterstützung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 180 962 und die Reiselegitimation Nr. 12, beide auf den Namen Wilhelm Pautelmann ausgestellt, sind dem Inhaber angeblich in Berlin gestohlen worden. Die Auszahler der Reiseunterstützung, auch die Zahlstellenkassierer, werden ersucht, Mitgliedsbuch und Reiselegitimation anzuhalten.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 13 (Nordbayern).

Jahresbericht.

Nun hat unter Hoffen und Bangen auch das Jahr 1915 sein Ende erreicht. Diejenigen, die von ihm den Frieden erhofften, sehen sich getäuscht, hingegen haben diejenigen Recht behalten, die von vornherein mit einer längeren Dauer des Krieges rechneten. Auch manche unserer Kameraden und ebenso zahlreiche Frauen unserer Mitglieder, die in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch dem Verbande tiefes Mißtrauen entgegenbrachten, sind durch die Ereignisse dieser langen Kriegszeit belehrt worden. Das Geschimpfe und Herunterreißen der Verbandseinrichtungen und besonders unserer Kriegsmaßnahmen ist verstummt, die Einsicht von ihrer Notwendigkeit hat sich durchgerungen. Alles ist wieder im alten Geleise und hat sich, so eigentümlich es anmuten mag, an den Krieg mit seinen Folgen und Aufgaben gewöhnt. Einzelne Orte beziehungsweise Zahlstellen haben sich geradezu meisterhaft in diese so schwere Zeit gefunden. Es wird ein regelrechter Schriftverkehr mit den im Felde stehenden Kameraden geführt, besondere Mittel werden aufgebracht, um Liebesgaben ins Feld schicken zu können, da ist sogar der Dienst der gelegentlich auf Urlaub weilenden Kameraden organisiert. Daß an solchen Plätzen auch die Verbandsgeschäfte von geübten und zuverlässigen Händen geführt werden, ist sicher. Mancherorts bleibt hingegen wieder sehr viel zu wünschen übrig. Nicht daß es da an gutem Willen fehlte, dieser und der Gedanke durchzuhalten und die Organisation nach dem Kriege, dessen baldiges befriedigendes Ende allgemein herbeigesehnt wird, unversehrt zurückgeben zu können und Opfer zu bringen, beherrscht jeden, nur mangelt es an der nötigen Initiative. Der Beschäftigungsgrad war stets ein schwankender, jedoch war er nie zufriedenstellend. Viele Kameraden des Gaues mußten alte Lebensgewohnheiten und Lebensregeln preisgeben und auswandern, um Arbeitsgelegenheit zu finden. Südbayern und Mitteldeutschland, die solche boten, dienten in der Regel als Reiseziel. Mit wenigen Ausnahmen sind bis zurzeit alle Ausgewanderten wieder zurückgekehrt. Nicht weil der Grad der Arbeitsgelegenheit eine Besserung

erfahren hat, sondern weil die Zahl der Zimmerer infolge ständiger Einberufungen immer weniger und dadurch Platz geschaffen wurde. Eine Aenderung zum Bessern ist nirgends eingetreten. Und wer wollte wohl ernsthaft in der Zeit des Krieges eine Besserung erhoffen? Interessant ist eine Aufmachung, die der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Nürnberg-Fürth in seinen Mitteilungen gibt und die auszugsweise im „Fränkischen Kurier" behandelt worden ist. Obschon der Zweck dieser Aufmachung nur zu durchsichtig ist, sind die Zahlen doch beachtenswert. Die ganze Aufmachung beschäftigt sich mit den Verhältnissen Nürnbergs. Und Nürnberg mit seinem weltbekannten Handel und seiner Industrie darf man wohl als Gradmesser für Nordbayern anlegen. Nürnberg zeigt in den weitaus meisten Fällen immer das günstigste Bild, insbesondere trifft dies für die Zeit des Krieges zu. Es gibt wenige Kriegsartikel, die in Nürnberg nicht hergestellt werden oder hergestellt werden könnten. Und doch bleibt diese Tatsache ohne Einfluß, wenigstens ohne merklichen Einfluß auf das Baugewerbe. Wir leben mithin in abnormen Verhältnissen. Nach oben erwähnter Aufmachung bewegten sich die eingereichten Baugesuche vom Jahre 1903 bis 1911 einschließlich, mit Ausnahme des Jahres 1904, ständig im Steigen. Und zwar von 394 im Jahre 1903 auf 594 im Jahre 1911. Dasselbe trifft auf die neu entstandenen Wohngebäude zu, die in demselben Zeitraum eine Steigerung von 258 auf 541 erfuhren. Nicht zuletzt wirkte dies auch auf den Zuwachs der Wohnungen. Während die Zunahme im Jahre 1903 1700 betrug, stieg sie im Jahre 1911 auf 3329. Das Jahr 1912 bewegte sich schon wieder in absteigender Linie. Die Zahl der eingereichten Baugesuche erfuhr in diesem Jahre gegenüber seinem Vorgänger eine Minderung von 80, die neuerstandenen Wohngebäude eine solche von 56, während die Wohnungen eine Minderung von nur 15 erfuhren. Für 1913 beträgt die Minderung gegenüber 1911 162, 241, 1125 und gegenüber 1914 410, 252, 2183. Ganz schlimm sieht das Bild für das Jahr 1915 aus. Während 1914 noch 184 Baugesuche eingereicht wurden und 289 Wohngebäude mit 1164 Wohnungen erstanden, betragen diese Zahlen für neun Monate (Januar bis einschließlich September) des Jahres 1915 nur mehr 30, 59, 293. Ein rosiges Bild bilden diese Zahlen nun gerade nicht, darin kann man dem Bauarbeitgeberverband Nürnbergs unverhohlen beipflichten. Ob aber die dieser Aufmachung beigegebenen Gründe über das Nachlassen der Bautätigkeit richtig sind, darf billigerweise angezweifelt werden. Richtig mögen die für das Jahr 1913 angegebenen Gründe sein, wonach die damaligen Tarifverhandlungen und geschäftliche Unsicherheit als ihre Folge angeführt werden. Vielleicht darf als Ergänzung hinzugefügt werden, daß auch die Zirkulare des Arbeitgeberverbandes, die damals in tausenden Exemplaren unter das bauende Publikum hinausgeschleudert wurden und die Aufforderung enthielten, das Bauen einzuschränken beziehungsweise aufzuheben, mit zu dieser geschäftlichen Unsicherheit beigetragen haben. Berechtigtem Zweifel werden in Bauarbeiterkreisen auch die in dieser Aufmachung gezogenen Folgerungen und empfohlenen Hilfsmittel begegnen. Sie gipfeln in der Hauptsache darin, viel und billiges Hypothekengeld zu erhalten und dieses zu schützen. Nirgends ist die Rede davon, daß sich auch der Bruder Arbeiter in bedrängter Lage befindet und der Hilfe bedürftig sei. Es drängt sich einem unwillkürlich die Vermutung auf, daß den sicherlich einwandfreien Zahlen und dem ganzen Auftakt eine ganz bestimmte Berechnung zugrunde liegt, die in ihrer Hauptsache dazu dienen soll, eine Einigung bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Nun wissen zwar die Arbeiter, daß der Bauarbeitgeberverband nicht da ist, um ihre Geschäfte zu besorgen, und sie werden sich das noch ganz besonders merken. Erwarten wir eine Besserung der Verhältnisse, dann müssen wir auch an der Beschleunigung der Herbeiführung dieses Zeitpunktes mitarbeiten, natürlich auf unsere Art. Wie aber schon angedeutet, spiegeln sich in Nürnbergs Verhältnissen die des ganzen Gaues. Für normale Zeiten gilt dies als ziemlich sicher, nun ist aber Krieg, und dieser verschiebt das Verhältnis.

Bestehen in Nürnberg schon nicht gerade anmutende Zustände, so sind sie draußen im Lande noch weit schlimmer. Daß unter diesen Umständen nicht in der sonst gewohnten Art an der Ausbreitung der Organisation gearbeitet werden konnte und dieser Bericht nicht wie sonst über einen namhaften Zuwachs seiner Freude und Genugtuung Ausdruck geben kann, ist nur zu erklärlich. Mancherorts ist gar nicht daran zu denken, daß unsere Kameraden in absehbarer Zeit im Zimmererberuf Beschäftigung finden. Sie müssen sich weiter damit begnügen, in industriellen Werken als Platzarbeiter oder sonstwie etwas zu verdienen. Und da müssen sie noch mit in den Kauf nehmen, stundenlang am Tage oder tagelang in der Woche auszusetzen. In der Hauptsache kommen dabei Kameraden in Betracht, deren familiären oder häuslichen Verhältnisse ein Abwandern nicht gestatten, und so müssen sie halt diese Unannehmlichkeiten über sich ergehen lassen. Erfreulicherweise läßt sich konstatieren, daß die im Jahre 1913 getroffenen Vereinbarungen überall respektiert werden. Umgehungen wurden wenigstens von keiner Zahlstelle gemeldet. Lohnbewegungen gab es im Berichtsjahre nur eine, und zwar in Kulmbach. Dort galt es, von den Unternehmern ein im Jahre 1914 gegebenes Versprechen einzulösen, was nach einigem Zögern seitens der Unternehmer auch geschah. Es trat eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 ₰, nämlich von 46 auf 48 ₰, ein. In Ansbach, wo der Vertrag ablief, wurde mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse von einer Kündigung Abstand genommen.

Die Teuerung verschonte selbstverständlich auch den Gau 13 nicht. Die Preise für Lebensmittel sind ungeheuerlich gestiegen. Einzelne Nahrungs- beziehungsweise Bedarfsartikel haben eine Steigerung von 100 pZt. und darüber erfahren. Sogar des bayerischen Arbeiters vielgerühmte „flüssige Nahrung", wie sie selbst von der Tribüne des Reichstags herab bezeichnet wurde, hat bis zurzeit eine Verteuerung um 50 pZt. erfahren, wobei sie noch obendrein immer dünner wird. Auch unsere Behörden, so anerkennenswert anfangs ihre Bestrebungen waren und zum Teil noch sind, sind anscheinend des Spekulantentums nicht Herr geworden. Unsere Unternehmer läßt die Not der Arbeiter gleichfalls kalt. In Nürnberg hatten wir eine Aktion zur Erreichung einer Teuerungszulage eingeleitet, nahmen aber gern Abstand von der Durchführung derselben, als uns bekannt wurde, welche Haltung der Arbeitgeberbund beziehungsweise die Bundesleitung zu dieser Frage einnahm. Wie konnten wir uns noch dazu versteigen, den Nordbayerischen Bezirksverband um eine Teuerungszulage anzugehen oder dessen Mitwirkung zu erbitten, wo doch der spiritus rector des Bundes, der sich nicht scheute, nicht nur eine Teuerungszulage überhaupt, sondern auch eine Aussprache darüber ablehnend zu begründen, darin seinen Sitz hat. Das wäre frevelhaftes Beginnen gewesen. Doch an einzelnen Orten bekundeten, allerdings auch nur wieder einzelne Unternehmer sogar ohne unser Zutun freimütig ihr soziales Verständnis und Gefühl und linderten die Nöte des Krieges durch eine Teuerungszulage. Die große Mehrzahl unserer Unternehmer hält es mit dem besonders in der Zeit des großen Völkerringens zum obersten Grundsatz gewordenen „Sparen". Interessant sind die Motive, mit welchen dieses Sparen stellenweise begündet wird. So macht es sich beispielsweise die Firma Heilmann & Littmann, die zurzeit am Neubau Verkehrsmuseum in Nürnberg beschäftigt ist und von ihren Arbeitern einen wohlbegründeten Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage zugestellt erhielt, leicht, diesen abzuwimmeln. Sie argumentiert kurzerhand, wir sind nicht schuld am Krieg, nicht schuld an seinen Folgen, ergo auch Euch nichts schuldig. In demselben Atemzug gesteht die Firma aber auch weiter ein, daß sie für die zum Bauen unentbehrlichen Produkte manchmal 100 pZt. mehr aufwenden muß infolge des Krieges. Ja, könnte denn der Preistreiberei der Baumaterialienhändler und Produzenten gegenüber nicht in derselben Weise argumentiert werden wie den armen Arbeitern gegenüber? Aber dort liegt die Sache anders. Dieser Preistreiberei gegenüber ist man ohnmächtig oder selbst daran interessiert. Die meisten, besonders größeren Bauunternehmungen sind Teilhaber oder selbst Besitzer von Ziegeleien, Zementfabriken, Dampfsägewerken usw. und haben gegen diese hohen Preise mithin gar nichts einzuwenden. Nichtsdestoweniger finden aber bei diesen Leuten die hohen Preise für Baumaterialien gern Anwendung als Grund zur Ablehnung selbst der berechtigsten Arbeiterforderungen. Die Anwendung solcher Mittel ist uns nichts Neues, wir wissen, was von ihnen zu halten ist; sie sind nicht erst im Zeichen des Burgfriedens geboren, sondern erfreuen sich eines ziemlich hohen Alters.

Alles in allem, Kameraden, ersehen wir, daß es nach wie vor notwendig ist, an unserm Verbande festzuhalten, ihn noch weiter zu stärken. Es müssen die Wenigen, die daheim geblieben, ihre ganze Kraft einsetzen, um unsern wirtschaftlichen Gegner in Schranken zu halten. Die Herren im Bauarbeitgeberverband haben ihre Hoffnungen, uns durch den Tarifvertrag weiter zu bevormunden, uns in unserer Bewegungsfreiheit einzuschränken, selbst in der Zeit des Burgfriedens noch nicht aufgegeben, sondern drängen nach wie vor mit allen Mitteln auf deren Erfüllung. Den Beweis hierfür liefern sie uns in ihrem Sprachrohr, der „Deutschen Arbeitgeberzeitung", die sich nicht entblödet, nicht nur zum Sparen zu ermuntern, sondern sogar von Entwöhnung der Untugenden, die eine Folge der Ueppigkeit des Lebensweise der letzten Jahre seien, zu schreiben. Diese Spitze kann nur der Arbeiterschaft gelten. Daß der Schreiber dieser Ratschläge sich selbst oder diejenigen, in deren Sold er schreibt, treffen wollte, ist schwerlich anzunehmen. Allein wir werden auch mit diesen Leuten fertig zu werden wissen.

Nürnberg, im Februar 1916. **O. Promm.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Am 25. Januar fand im „Kolosseum" die diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Jahresbericht und Abrechnung; Neuwahl; Gewerkschaftliches. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte die Versammlung der vier gefallenen Kameraden in üblicher Weise. Kamerad Ungethüm erstattete die Jahresabrechnung, die im Druck vorlag und jedem Mitglied überreicht wurde. Redner gab seiner Freude Ausdruck, daß es trotz des Krieges möglich gewesen sei, unsere Sache hochzuhalten. Die Finanzgebarung ist folgende: Einnahmen für die Zentralkasse ℳ 18 675,30, Einnahmen für die Lokalkasse ℳ 20 449,41; Ausgaben für die Zentralkasse für Arbeitslosenunterstützung ℳ 3940,95, für Ausgesteuertenunterstützung ℳ 1497,15, für Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer ℳ 8199; Ausgaben der Lokalkasse ℳ 6926,87. Am Jahresschluß waren ℳ 13 522,54 Lokalbestand vorhanden. Der Mitgliederbestand von 1914 betrug 715. Zugereist sind 105, eingetreten 145, vom Militär zurück 9 und nachgezahlt haben 21; zusammen 995. Abgereist sind 149, zum Militär 309, ausgetreten 29, gestrichen 51, gestorben 4, Restanten 40, so daß am Jahresschluß 1915 ein Bestand von 413 Mitgliedern verblieb. Lohnbewegungen von Bedeutung fanden im Geschäftsjahr nicht statt. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 7 Monatsversammlungen und 1 Generalversammlung, ferner in 2 Delegiertensitzungen sowie 10 Vorstandssitzungen erledigt. Bezirksversammlungen haben 22 stattgefunden. Weiter hat eine ganze Reihe anderer Verbandsangelegenheiten ihrer Erledigung bedurft. Von den Revisoren wurde der Antrag gestellt, den Kassierer zu entlasten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann fanden einige Ergänzungswahlen zum Vorstand statt. Unter „Gewerkschaftliches" gab der Vorsitzende bekannt, daß zwei Unterstützungsgesuche vorlägen. Beide Gesuche wurden einstimmig angenommen. Weiter machte Kamerad Ungethüm auf den ablaufenden Lohnvertrag aufmerksam und betonte, daß es nicht leicht sein werde, einen guten neuen Vertrag abzuschließen. Er ermahnte die Mitglieder, alle auf dem Posten zu sein, denn es komme auf jeden einzelnen an. Wenn jeder sich unserer Sache bewußt sei, werde es auch möglich sein, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen vorwärtszukommen.

Dresden. Am 15. Februar tagte in der „Deutschen Eiche" in Radeberg eine von 25 Mann besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Bericht von den Vertragsverhandlungen in Berlin am 11. und 12. Februar und Stellungnahme dazu." Dem von Kamerad Oehmichen erstatteten Berichte schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der die vom Arbeitgeberbunde zugebilligte Teuerungszulage als viel zu gering bezeichnet wurde. Für einen Zimmerer bedeuten ℳ 3 Teuerungszulage nicht mehr als die Entschädigung für die Mehrkosten der Stiefelsohlen und in der Woche ein Brot aus markenfreiem Mehl. Bei der Knappheit der Brotration läßt es sich für die meisten am Bau beschäftigten Leute gar nicht umgehen, ℳ 1,80 bis ℳ 2 für ein solches Brot wöchentlich ausgeben zu müssen. Die Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung wurde von allen Rednern auf mehr als 50 pZt. geschätzt. Die gebotene Teuerungszulage sei demgegenüber viel zu gering, und müßte von dem Unternehmerverbande ein ganz anderes Angebot gemacht werden. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 15. Februar in der „Deutschen Eiche" in Radeberg versammelten Zimmerer nehmen Kenntnis von dem Angebot des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Sie können eine Teuerungszulage von 5 ₰ beziehungsweise 6 ₰ nicht als einen Ausgleich für die ins Ungemessene gestiegenen und noch fortwährend weiter steigenden Preise der notwendigsten Lebensmittel erblicken. Die Versammlung ist der Meinung, daß dem Unternehmertum des Baugewerbes ein größeres Entgegenkommen möglich sein muß, da im allgemeinen der Arbeitslohn im Verhältnis zur Bausumme nur wenig in die Wagschale fällt, die Unternehmer aber in vielen Fällen schon gleich nach Kriegsausbruch bis zu 25 pZt. Kriegszuschläge erhalten haben." Unter „Sonstige Verbandsangelegenheiten" berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen mit der Firma Wayß & Freytag bezüglich des bisher nicht gezahlten Zuschlages für Karbolineumarbeit. Da bis zur Stunde eine endgültige Regelung noch nicht möglich war, wurde der Vorsitzende beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Zahlung des Zuschlages zu erwirken.

Frankfurt a. M. Unsere Versammlung am 28. Januar beschäftigte sich mit dem Ablauf des Tarifvertrages. Kamerad Ehlers ging kurz auf die Entwicklungsgeschichte des heute bestehenden Tarifvertrages ein und zeigte, daß es nur noch ganz wenig Zimmerer gibt, die nicht unter die abgeschlossenen Tarife fallen. Da die Zahl der Zimmerer, für welche die Verträge Geltung haben, bedeutend größer ist als unsere Mitgliederzahl, müßten unsere Mitglieder alles daransetzen, um diesen Leuten klarzumachen, daß man die Verpflichtung habe, gemeinsam mit zu den Opfern beizutragen, die für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verausgabt werden müssen. Auf die Frage der Neuregelung der Lohnfrage übergehend, zeigte Redner, daß es ja unmöglich sei, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten, die den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Wenn der Teuerung Rechnung getragen werden sollte, müßte der Lohn unbedingt verdoppelt werden. Wir müßten uns schon darüber klar werden, daß unsere Forderungen ziemlich ermäßigt werden müssen. Da aber besonders in unserm Bezirk damit zu rechnen ist, daß die Unternehmer — nach ihrer bisherigen Handlungsweise zu rechnen — überhaupt nicht geneigt sein werden, ein Entgegenkommen zu zeigen, muß schon mit einer tariflosen Zeit gerechnet werden. Die Regierung sei nun im November an die Zentralvorstände beider Parteien herangetreten, um Verhandlungen für Neuabschluß oder Verlängerung der Tarifverträge herbeizuführen. Zunächst müsse abgewartet werden, wie die Unternehmer sich zu der Frage stellen. Die Arbeiter werden immer bereit sein, zu verhandeln, Voraussetzung sei allerdings, Aufgabe der bisherigen Haltung der Arbeitgeber in der Frage der Lohnerhöhung. In der lebhaften Diskussion wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß hier im mitteldeutschen Gebiet die Lohnverhältnisse in gar keinem Vergleich zu andern gleichartigen Städten stehen. In Zukunft müsse unbedingt daran gedacht werden, hier einen Ausgleich zu schaffen. Besonders sei es ein unhaltbarer Zustand, daß in einem Gebiet wie Frankfurt und Offenbach, die zusammen ein einheitliches Stadtgebiet bilden, zwei verschiedene Löhne gezahlt würden. Offenbach mit seinem 6 ₰ niedrigerem Lohn müsse mit Frankfurt gleichgestellt werden. Dem Vorstand wurde anheimgestellt, in diesem Sinne zu wirken. Nachdem noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht, insbesondere die Kassierer aufgefordert waren, pünktlich die einkassierten Gelder abzuliefern, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Am 6. Februar tagte bei Stoppel, Schmilinskystraße, die diesjährige Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Hörauf, Niemeyer und Kuttler in der üblichen Weise geehrt. Gegen die von den einzelnen Bezirkskassierern verlesenen Abrechnungen wurden Einwendungen nicht erhoben. Den Jahresbericht erstattete Kamerad Faur. Als im vorigen Jahre der Geschäftsbericht erstattet wurde, glaubten alle, der Krieg werde bald seinem Ende entgegengehen. Dies ist leider nicht eingetreten und steht in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Der Krieg hat tiefe Wunden geschlagen. Wenn die arbeitende Bevölkerung bisher nicht unter Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt hat, so doch um so mehr unter der ungeheuren Lebensmittelteuerung, die wieder Unterernährung und damit Krankheiten im Gefolge hat. Daß hierunter die Krankenkassen jetzt und nach dem Kriege schwer zu leiden haben, ist selbstverständlich. Aber auch die Rechtslage der Ersatzkassen ist durch den Krieg eine unsichere geworden. Wie die Gerichte urteilen, zeigt eine Klage gegen die Ersatzkasse der Schuhmacher, wonach Kriegsteilnehmer, wenn sie innerhalb dreier Wochen krank werden, Anspruch auf Krankenunterstützung während der Dauer der Krankheit haben. Solche Klagen werden sich mehren und die Kassen vor nie geahnte Schwierigkeiten stellen. — Unsere Mitgliederzahl betrug bei Beginn des Krieges 492, am Jahresschluß 280; es ist also ein Verlust von 212 Mitgliedern entstanden, den auszugleichen unsere erste Aufgabe nach dem Kriege sein muß. Die Jahreseinnahme betrug ℳ 14 676,36, ihr steht eine Ausgabe von ℳ 13 695,17 gegenüber, so daß trotz des Mitgliederrückganges ein Gewinn von ℳ 981,19 zu verzeichnen war. Einige Beschwerden über Aerzte mußten, weil diese ihrer Militärpflicht genügten,

abgewiesen werden. Redner wies noch einmal auf die in jeder Versammlung bekanntgemachten, in allen Stadtteilen eingerichteten Polikliniken hin. Für die von der Landesversicherung während des Krieges eingeführte Wochenhilfe wurden ℳ 307 ausgegeben und zurückerstattet. Desgleichen ℳ 362,68 für zwei Drittel Beiträge an arbeitslose Mitglieder. Aus dem Agitations- und Unterstützungsfonds wurden an zehn Mitglieder ℳ 61,75 gezahlt, wogegen die Gesamteinnahme nur ℳ 37 betrug; es sei daher notwendig, daß sich mehr Mitglieder an diesem Unterstützungsfonds beteiligen. Da unsere Mitglieder der Revisionskommission durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen waren, fast während des ganzen Jahres auswärts zu arbeiten, wurden zwei Mitglieder des Vorstandes als Ersatzrevisoren bestimmt. Betreffs der im Auslande bei Kriegsarbeiten beschäftigten Mitglieder wurde angefragt, ob sie weiter der Kasse angehören dürften. Der Zentralvorstand habe hierauf den Bescheid gegeben, daß die im Okkupationsgebiet bei deutschen Arbeitgebern beschäftigten Mitglieder beiden Abteilungen (Ersatz- und Zuschußkasse) weiter angehören dürfen. — Wenn uns auch der Krieg schwere Opfer und Entbehrungen auferlegt, so müssen wir uns doch auch auf schwere soziale Kämpfe nach dem Kriege gefaßt machen. Deshalb ist es unsere Pflicht, nach Beendigung des Krieges mit allen uns noch zu Gebote stehenden Kräften an der Erhaltung und Stärkung unserer Kasse zu arbeiten. Kamerad Blumenthal erklärte sich mit dem Jahresbericht einverstanden, jedoch ist er der Ansicht, daß Fälle, wie sie gegen die Ersatzkasse der Schuhmacher ausgeklagt seien, nur für das Inland zutreffen, für das Ausland aber keine Gültigkeit hätten.

Kiel. Hier tagte am 2. Februar eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung und Abrechnung vom vierten Quartal; 2. Vorstandswahl; 3. Stellungnahme zum Tarifabschluß; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des im Felde gefallenen Kameraden Babbe in üblicher Weise. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde auf Wunsch des Kameraden Krüger zurückgestellt. Krüger hofft, bis zur nächsten Versammlung die Abrechnung selbst vorlegen zu können. Hierauf wurde die Vorstandswahl, die Wahl der Revisoren sowie der Kartelldelegierten vorgenommen. Im dritten Punkt sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß bei den Tarifverhandlungen eine angemessene Teuerungszulage herauskommen möge, da man die Situation nach dem Kriege noch nicht übersehen könne. Unter „Verschiedenes" wurde angeregt, darauf hinzuarbeiten, die Restwochen auszumerzen. Ferner wurden Platzdeputierte für die in der Versammlung vertretenen Plätze gewählt, damit die Verbandsbücher revidiert werden können.

Lehe-Geestemünde. Am 2. Februar tagte unsere Generalversammlung. Leider ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Trotzdem in den drei Unterweserorten noch zirka 80 Kameraden anwesend sind, war die Versammlung nur von zehn Kameraden besucht. So schlecht war während der ganzen Kriegszeit noch keine Versammlung besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Kartellbericht; 4. Stellung zur Familienunterstützung; 5. Allgemeine Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Vorstand durch einen zweiten Vorsitzenden und Schriftführer ergänzt, da die genannten bisherigen Vorstandsmitglieder nicht mehr ortsanwesend sind. Zum ersten Punkt berichtete Kamerad Reiß über den Geschäftsgang während des verflossenen Jahres. Redner betonte, daß die Zahlstelle trotz der Kriegsstürme ihren Platz behauptet habe. Wenn Fortschritte, beispielsweise die Erringung einer Teuerungszulage, auch nicht zu verzeichnen seien, so liege dies keineswegs an der Haltung der Organisation. Der Tarif wurde in allen Einzelheiten aufrechterhalten. In den drei stattgefundenen Schlichtungskommissionssitzungen handelte es sich um die Ramm- und Wasserarbeit, was von jeher der wunde Punkt des Tarifvertrages war. Auch der Mitgliederbestand hat sich immer noch gut gehalten. Am Schlusse des vorigen Jahres hatten wir 171 Kameraden unter der Fahne stehen, am Schlusse dieses Jahres ist ihre Zahl auf 270 gestiegen. Bis zum heutigen Tage hat sich diese Zahl um 3 vermindert. Diese drei Kameraden sind zur Arbeit kommandiert worden. Es sei erfreulich, daß diese Kameraden sich sofort wieder bei der Organisation meldeten; haben wir doch bei dem zuerst entlassenen Kameraden Holzapfel andere Erfahrungen gemacht. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres betrug 100. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 42, zugereist 34, ausgetreten 2, gestrichen 20, gestorben 1, abgereist 28 Mitglieder. Zur Erledigung der Geschäfte haben 9 Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Arbeitsgelegenheit war in diesem Jahre zufriedenstellend, was größtenteils auf die wenigen Arbeitskräfte zurückzuführen ist. Es war noch immer eine Nachfrage nach Zimmerern zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung wurde an 8 Mitglieder für 111 Tage zusammen ℳ 175,20 gezahlt. Im letzten Halbjahre waren Arbeitslose überhaupt nicht mehr zu verzeichnen. Der Kassenbericht vom vierten Quartal schließt wie folgt ab: Die Hauptkasse hatte an Einnahmen ℳ 2679,90, an Ausgaben ebenfalls ℳ 2679,90. Die Lokalkasse hatte zu dem Bestand vom letzten Quartal von ℳ 1419,88, eine Einnahme von ℳ 884,49, zusammen ℳ 2308,37, an Ausgaben ℳ 1704,61, so daß der Bestand sich auf ℳ 603,76 stellte. Die lokale Krankenkasse hatte einschließlich eines Bestandes vom letzten Quartal von ℳ 2120,50 an Einnahmen ℳ 2341,08, an Ausgaben ℳ 180,90, so daß sich der Bestand auf ℳ 2160,18 stellte. Zu beiden Berichten wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wies Kamerad Neumann darauf hin, daß die noch anwesenden Vorstandsmitglieder ihre Posten weiter zu versehen gewillt seien und mit dem Einverständnis der Versammlung nur Ergänzungswahlen vorgenommen zu werden brauchten. Diesem wurde zugestimmt. Der Vorstand wurde ergänzt durch einen zweiten Vorsitzenden, ersten Kassierer, ersten Schriftführer und ersten und zweiten Revisor. Im dritten Punkt trug Kamerad Reiß die Arbeiten des Kartells vor. Redner legte der Versammlung klar, daß auch dieses seine volle Pflicht und Schuldigkeit in der Vertretung der Arbeiterinteressen getan habe. Leider wurde das Kartell in seiner Finanzkraft sehr geschwächt. Die Verluste, die durch die Einziehungen den Gewerkschaften entstanden seien, machen sich im Kartell besonders fühlbar. Da das Kartell mit seinen Gesamteinrichtungen finanziell nur von den Gewerkschaften genährt wird, so sei begreiflich, daß die Einnahmen desselben um zwei Drittel gefallen seien. Die Ausgaben seien aber bis auf geringe Summen dieselben geblieben. Das Kartell mußte deshalb um Erhöhung seiner Einnahmen an die Gewerkschaften herantreten, was ja auch in einer Sitzung mit sämtlichen Gewerkschaftsvorständen geschehen sei. In dieser Sitzung sowie auch in der Kartellsitzung selbst wurde beschlossen, den Beitrag des Kartells von 31 auf 81 ₰ pro Mitglied und Vierteljahr zu erhöhen. Der Mehraufwand soll durch die Gewerkschaftsmitglieder gedeckt werden. Demnach müsse ein Extrabeitrag für das Kartell pro Mitglied und Vierteljahr erhoben werden. Die Kassierung soll durch Markenabgabe in der Höhe von 10 ₰ vor sich gehen. Die Beschaffung der Marken übernimmt das Kartell. Diese Beitragserhöhung wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen. Kamerad Rudel spricht sich jedoch gegen die Anschaffung von 10-₰-Marken aus und wünschte den Beitrag durch eine einmalige Marke von 50 ₰ zu erheben. Die Versammlung stimmte für die Anschaffung von 10-₰-Marken. Zum vierten Punkt berichtete Kamerad Reiß, daß seit Beginn des Krieges an die Familien unserer Kriegsteilnehmer die Summe von ℳ 7235 zur Auszahlung gelangt sei. Ferner seien ℳ 985 für Kriegsversicherung bei der Volksfürsorge ausgegeben. Diese Summe beweise, daß wir für unsere Mitglieder in weitgehendstem Maße besorgt seien. In Hinsicht auf die Kassenverhältnisse rate er jedoch, von einer weiteren Unterstützung abzusehen. Die Einnahmen der Lokalkasse reichen zur Deckung aller Verbindlichkeiten schon längst nicht mehr aus. Ihr Bestand betrage noch ℳ 600. Eine nochmalige Unterstützung, wenn auch nur von ℳ 3, würde uns aber ℳ 600 kosten. Der Bestand der Lokalkrankenkasse betrage wohl noch reichlich ℳ 2000; dieser werde aber durch die vorhandenen Notstandsunterstützungen und durch die laufende Kriegsversicherung stark in Mitleidenschaft gezogen. Kamerad Neumann führte hierzu an, daß wir wohl unsere volle Schuldigkeit getan hätten, daß er jedoch unsere Mittel für eine nochmalige Unterstützung als ausreichend betrachte. Jetzt befinden sich die Familien noch in großer Not, da durch Feuerung und Licht viel Geld notwendig sei. Wenn unsere Kameraden zurückkehren, werden sie gewiß das Bestreben zeigen, zu der Organisation mit allen Kräften beizusteuern. Redner beantragte eine nochmalige Zahlung für den Monat Februar in Höhe von ℳ 3 pro Familie. Dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Unter „Verbandsangelegenheiten" wurde noch auf die Notwendigkeit unseres Arbeitsnachweises hingewiesen und um bessere Benützung desselben ersucht. Vor allem müßten die Kameraden auf den einzelnen Arbeitsstellen Gewicht darauf legen, daß die neu in Arbeit tretenden Kameraden mit einer Arbeitskarte versehen sind. Nachdem noch einige Mißstände zur Sprache gebracht waren, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Lyck i. Ostpr. Am 13. Februar fand eine Versammlung der Zimmerer statt. Kamerad Nicolai aus Rastenburg sprach über den Krieg und unsere Aufgaben. Er führte aus: Der Krieg dauere bereits über 18 Monate und erschüttere die ganze Welt, sein Ende sei noch gar nicht abzusehen. Es sei unsern Kameraden bekannt, daß unser bisheriger Lohn- und Arbeitsvertrag mit dem 31. März dieses Jahres abläuft und wir dafür eintreten müssen, daß er neu geregelt oder bis nach dem Kriege verlängert wird mit einer bedeutenden Lohnerhöhung. Auch in allen Orten sind unsere Kameraden bemüht, der hohen Preise für Lebensmittel und sonstiger notwendigen Bedarfsartikel wegen, Erhöhung der Stundenlöhne und Aufschlag für Ueberlandarbeiten anzustreben. Wir müssen aber darauf rechnen, daß wir bei den Verhandlungen mit den Unternehmern auf Widerstand stoßen, und da heißt es, auf dem Posten zu sein. Schwere Aufgaben stehen uns bevor, und die müssen unter allen Umständen gelöst werden. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis auch der letzte Zimmerer unserm Verbande zugeführt ist. Die Beiträge müssen pünktlich bezahlt, die regelmäßigen Versammlungen vollzählig besucht werden. Wenn wir so auftreten, dann stehen wir gerüstet und können der Zukunft getrost ins Auge sehen. Wenn nach Beendigung des Krieges unsere braven Kameraden aus dem Felde heimkehren und uns in voller Tätigkeit für unsern Verband finden, werden sie uns die Bruderhand reichen und mit uns einstimmen: „Hoch der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands." Kamerad Sarkowski gab den Kassenbericht vom vierten Quartal 1915. Der Bericht wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. In „Verbandsangelegenheiten" wünschte Kamerad Sarkowski, daß ihn jemand von seiner Arbeit ablöse, er habe keine Lust mehr. Kamerad Nicolai erwiderte, daß die jetzige Zeit nicht dazu angetan sei, jeden Augenblick die Funktionen zu wechseln, jeder Kamerad müsse bemüht sein, nach Kräften etwas zu tun, damit die Zahlstelle nicht nur erhalten bleibe, sondern auf die Höhe käme. Hätten die Lycker Kameraden im Vorjahre mehr für die Zahlstelle getan, so wäre die Mitgliederzahl eine bedeutend höhere. Arbeit ist vorhanden gewesen, auch waren genügend zugereiste Zimmerer hier. In diesem Jahre muß es anders werden, wir müssen das Versäumte nachholen. Es scheint unter den Lycker Kameraden auch nicht schwer zu sein. Leben und Geist herrscht in der Kameradschaft; davon zeugt der gute Versammlungsbesuch. Redner erinnerte noch daran, daß der Tarifvertrag der Zahlstelle Lyck schon 1915 mit dem 31. März abgelaufen ist und wir hier versuchen müssen, denselben neu zu regeln oder bis nach Beendigung des Krieges zu verlängern. Wir können aber heute keine Stellung dazu nehmen. Der Gauleiter will, wenn es ihm möglich ist, persönlich zugegen sein. Nach einer Aufforderung, die Versammlungen wieder regelmäßig abzuhalten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Nossen. Die am 6. Februar stattgefundene Generalversammlung hatte eingangs den Kassenbericht für das Jahr 1915 entgegenzunehmen. Die Zentralkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit ℳ 1611. Für Arbeitslosenunterstützung wurden ℳ 417 ausgegeben, für Familienunterstützung ℳ 460. Die Lokalkasse hatte mit dem Bestand vom Jahre 1914 (ℳ 1839,48) eine Einnahme von ℳ 2354,11. Ihr steht eine Ausgabe von ℳ 684,84 gegenüber. Der Kassenbestand auf 1915 beträgt ℳ 1669,27; er hat eine Verringerung erfahren von ℳ 170,21, was auf die Ausgaben für Liebesgaben und Familienunterstützung zurückzuführen ist. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Das vierte Quartal 1914 schloß mit 57 Mitgliedern. Eingetreten sind im Berichtsjahre 6, zugereist 2, vom Militär angemeldet 1; Summa 66. Im Laufe des Jahres sind ausgetreten 6, wegen Schulden gestrichen 2, gestorben 1, zum Militär einberufen 13, abgereist 1; Summa 23. Am Schlusse des Berichtsjahres waren demnach noch 43 Mitglieder vorhanden. Insgesamt sind zum Kriegsdienst eingezogen 50 Mitglieder. Im zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kamerad Köhler über den Ablauf des Tarifvertrages und unsere Stellungnahme dazu. Er führte den Kameraden die Bedeutung des Tarifvertrages vor Augen und legte die Schwierigkeiten dar, die ein neuer Abschluß bereite. Auch die Lebensmittelverteuerung erwähnte er und zeigte daran, wie notwendig eine wesentliche Lohnerhöhung sei. Selbst die schärfsten Gegner von Lohnaufbesserungen müßten unter den gegenwärtigen Zuständen eingestehen, daß ohne solche nicht auszukommen sei. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß man einer Verlängerung des Tarifvertrages nur zustimmen könne, wenn eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung erfolge. Für den Fall von Verhandlungen wurde eine aus drei Mitgliedern bestehende Lohnkommission gewählt. Im dritten Punkt wurden Nachwahlen vorgenommen, nachdem schon in der vorigen Versammlung die Vornahme von Neuwahlen abgelehnt war. Auch in unserer Zahlstelle kommt jetzt der „alte Arbeiter" mehr zur Geltung, ganz so, wie in Nr. 4 des „Zimmerer" beschrieben worden ist. Ueberall müssen die „Alten" einspringen, auch bei den Organisationsarbeiten. Möge man auch nach dem Kriege den „Alten" allerwärts die gebührende Achtung entgegenbringen.

Sagan. Am 17. Februar fand eine Zusammenkunft der Zimmerer statt, die, soweit sie noch vom Militärdienst frei sind, fast alle erschienen waren. Der Gauleiter gab Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen über die neuen Tarifverträge, die von seiten der Arbeitervertreter abgelehnt werden mußten, da sie den heutigen Verhältnissen nicht entsprächen. Sämtliche Kameraden waren damit einverstanden und verlangen eine Lohnaufbesserung; denn bei dieser allgemeinen Teuerung ist es nicht möglich, mit dem jetzigen Verdienst auszukommen. Obgleich andere Industriezweige eine Teuerungszulage gewähren, ist von seiten der Arbeitgeber im Baugewerbe in dieser Hinsicht noch nichts getan worden.

Stuttgart. Am 6. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten machte Hessenauer die Mitteilung, daß die Nachmittagsvesperpause bis 16. März in Wegfall kommen solle, wie das bereits auf dem Platze Hangleiter geschehen sei. Leuger führte dazu noch aus, er werde in den bevorstehenden Verhandlungen dafür eintreten, daß dieselbe überhaupt in Wegfall komme. Hierauf erstattete Kamerad Wiechert den Kartellbericht in ausführlicher Weise und anschließend daran gab der Kassierer Hessenauer die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Dazu bemerkte Leuger noch, daß trotz der großen Ausgaben unsere Lokalkasse noch intakt sei, was in der Hauptsache daher komme, daß seit Beginn des Krieges in der Zahlstellenverwaltung sehr gespart werde, was vorher nicht immer der Fall gewesen. Obermüller tadelte den vorherigen Geschäftsgang und die leichtfertige Markenausgabe an solche Mitglieder, an die man nicht herankönne und die einrückten, ohne vorher abzurechnen, wodurch ein beträchtliches Manko entstanden sei. Die beiden Revisoren bekundeten, daß bei der Abrechnung alles in Ordnung gewesen sei; sie beantragten daher, den Kassierer zu entlasten. Das geschah, und zwar einstimmig. Im Tätigkeitsbericht bemerkte Hessenauer, daß es auch im vergangenen Jahre trotz des Krieges vorwärts gegangen sei, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen. Zurzeit seien 1200 Mitglieder eingerückt, davon sind 36 gefallen und drei gestorben. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt 300. Leuger sprach noch über die Behandlung der abkommandierten Zimmerer, über das Versammlungswesen und die Mitgliederbewegung sowie die Lohnverhältnisse. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und für einige eingezogene Kameraden eine Ersatzwahl vorgenommen. Nach einem Schlußappell von Hessenauer fand die Versammlung ihr Ende.

Sterbetafel.

Riesenburg i. Westpr. Am 7. Februar starb infolge eines Unglücksfalles, den er am 11. November 1915 erlitten hat, der Zimmergeselle **Alfred Karkutt** im Alter von 22 Jahren.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 5. März::

Uelzen: Nachm. 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus (kleiner Saal).

Anzeigen.

[ℳ 3,60]

Nachruf.

An den Folgen eines Unglücksfalles starb unser Kamerad

Hans Grebenstein

im Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Zimmerer der Zahlstelle Duisburg.

Verleger: Fr. Schrader, verantwortlicher Redakteur: August Bringmann, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.